

# Rede am 30.03.2023 – Einbringung Haushalt 2023

**Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:**

Herr Vorsteher,

meine sehr verehrten Damen und Herren!

Auch wir bedanken uns als CDU-Fraktion bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an der Aufstellung und Erarbeitung dieses Haushalts beteiligt waren.

Ich habe auch ein Zitat mitgebracht. Frau Zapf-Rodriguez hat ja gesagt: „Ohne Moos nichts los“. Mein Zitat kommt von einem Wirtschaftswissenschaftler, der den Satz geprägt hat: „Die Defizite von heute sind die Steuern von morgen“ - David Ricardo.

Der zweite Haushalt, den diese Koalition vorlegt, folgt leider dem schlechten Beispiel aus dem letzten Jahr. Er belastet die folgenden Generationen enorm. Auch das betrifft Ihren Sohn, Frau Zapf-Rodriguez. Selbst wenn man den günstigen Jahresabschluss 2022 miteinrechnet, was ich jetzt freundlicherweise mal gemacht habe, ist dieser Haushalt ein Haushalt im Sturm. Die Koalition treibt mit diesem Etat hilflos im Strudel der ständigen Neuverschuldung. Das vorgelegte Finanzkonzept, und zwar das von heute - auf Mai komme ich dann noch -, weist den Weg von aktuell 2,5 Milliarden Euro zu mehr als vier Milliarden Euro im Jahr 2025. So lange ist das gar nicht mehr hin, meine Damen und Herren. Die heutigen 2,5 Milliarden Euro Schulden bedeuten deutlich mehr als 3.000 Euro Schulden pro Kopf in dieser Stadt - egal, ob dieser Mensch 80 Jahre alt ist oder acht Tage. Ein intelligenter Schuldenabbau ist nicht zu erkennen und auch kein Plan dafür. Wir geben mit diesem Haushalt weiter Geld aus, das wir in Frankfurt nicht haben, und zwar mit deutlich steigender Geschwindigkeit, meine Damen und Herren. Dieses Jahr steigen die Schulden von Frankfurt, wenn dieser Haushalt so beschlossen und umgesetzt wird, um mehr als eine halbe Milliarde Euro an. Die früher gut gefüllte Rücklage reicht nur noch in diesem Jahr, um das wiederholte Defizit auszugleichen.

Ich lege Wert darauf, zu betonen, dass das Defizit und die Rücklage nichts mit den Schulden zu tun haben, die planmäßig hier bei diesem Haushalt um den Betrag, den ich genannt habe - über eine halbe Milliarde Euro - erhöht werden. Bei dieser Rücklage, von der haushaltstechnisch gesprochen wird, die allerdings eher eine Rechengröße ist, wird es aber ebenfalls im Jahr 2026 einen Negativrekord geben: mit -450 Millionen Euro - auch eine halbe Milliarde. Frankfurts Finanzen sind im freien Fall und die Koalition drückt sich hier vor der Wahrheit. Trotz steigender Beträge im Gesamtvolumen des Haushalts, was ja eigentlich ein erfreuliches Zeichen für den Wohlstand in der Stadt ist, erhöht die allgemeine Kostenexplosion auch den Druck auf den Frankfurter Haushalt. Das hat der Kämmerer auch versucht zu skizzieren. Leider steht aber gar nicht im Haushalt drin, was alles zu dieser Kostenexplosion gehört, und insofern muss man sagen: Mindestens ein Auge, wahrscheinlich eigentlich mehr zwei, werden vor dem gesamten Ausmaß der Realität leider verschlossen.

Ich will ein Beispiel nennen: Überall im Land steigen die Mieten und Mietnebenkosten. Wenn man sich den Haushalt dieses Magistrats ansieht, dann ist großes Glück angesagt, denn für die Mieterin Stadt Frankfurt am Main, die ja auch neben den Immobilien, die ihr gehören, viele anmieten muss für den städtischen Betrieb und die Verwaltung, für die gilt das alles nicht.

In diesem Haushalt ist nichts davon abgebildet, was die privaten Haushalte in Frankfurt, aber auch in Deutschland und darüber hinaus zu schultern haben. Diese allgemeine Kostenexplosion geht an der Stadt Frankfurt scheinbar vorbei. Herzlichen Glückwunsch, das ist ja gut gelaufen. Bei den Mietkosten werden im Haushalt einfach die Beträge aus 2022, dem letzten Jahr, bis zum Jahr 2026 fortgeschrieben, ohne irgendeine Veränderung. Offenbar ist man hier der Meinung, dass das, was alle anderen betrifft in der Wirtschaft und in der Volkswirtschaft, für die Stadt Frankfurt keine Auswirkungen hat. Ein Trugschluss, meine Damen und Herren. Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit kann man bei diesem Punkt wohl kaum annehmen. Ganz zu schweigen übrigens von den Mietsteigerungen bei den Zuschussempfängern, die am Ende auch von diesem Haushalt abhängen und die niemand wegdiskutieren kann.

Für die Jahre 2024 bis 2026 fehlen außerdem 65 Millionen Euro erstmals für die gesetzlich vorgeschriebene Deckung der ordentlichen Tilgung der Kredite, die diese Stadt aufgenommen hat. Das ist eine traurige Neuerung, denn für den Planungszeitraum 2022 bis 2025, also aus der jüngeren Vergangenheit, wurde diese Deckung noch erreicht und eingeplant. Das ist offenbar aufgegeben worden. Die Stadt mit dem wichtigsten Finanzplatz Europas kann also demnächst ihre Kredite in ihrem Haushalt nicht mehr ordentlich und vorschriftsgemäß hinterlegen. Das gibt Anlass zur Sorge, meine Damen und Herren. Und es zeigt, dass die Frankfurter Koalition offensichtlich die Vorschriften, die sie beachten müsste, nicht ernst nimmt. Das ist unseriös. Wie mit diesem dunklen Planungshorizont die teuren anstehenden Projekte, die teilweise aus dem Bereich der freiwilligen Leistungen kommen, finanziert werden sollen, ist uns bisher schleierhaft geblieben.

Der U-Bahn-Lückenschluss von Bockenheim nach Ginnheim mit fast 200 Millionen Euro ist nicht zu finden. Die Paulskirche und das Haus der Demokratie, wo man jetzt vielleicht mal pauschal mit 100 Millionen Euro rechnen müsste, oder die Multifunktionsarena mit 180 Millionen Euro oder ein Kinder- und Jugendtheater mit 50 Millionen Euro oder vielleicht die Bühnen mit 1,3 Milliarden Euro - wo soll dieses zusätzliche Geld eigentlich herkommen? Die Erhöhung um 36 Millionen Euro - jetzt komme ich zu sehr kleinen Zahlen, nach den Zahlen vorher - im Personalbudget, schlagen dort auch deutlich zu Buche, indem etwa neue Stellen aufgebaut werden, zum Beispiel in Projekten wie der „Fahrradfreundlichen Stadt“. Gegen die „Fahrradfreundliche Stadt“ ist nichts einzuwenden, aber dort das Personal aufzubauen und neu zu schaffen, wohingegen es für die Bevölkerung spürbare Mängel gibt, zum Beispiel im Grünflächenamt oder bei der Stadtpolizei, wozu wir nichts im Haushalt und im Stellenplan finden, scheint ein Defizit in dieser Planung zu sein.

Ob die Annahme des Kämmerers und des Personaldezernenten zutrifft, dass in der Tarifrunde dieses Jahr angesichts der momentanen Härte des Tarifkampfes lediglich von Lohnerhöhungen in Höhe von drei Prozent auszugehen ist, das wage ich sehr zu bezweifeln. Der uns vorliegende Haushalt jedenfalls geht von drei Prozent aus. Wenn man die

Nachrichten liest, hört oder schaut, dann weiß man aber, dass das geradezu naiv ist - wenn ich jetzt keinen Fehler mache, sind diese Woche auch von Arbeitgeberseite schon fünf Prozent angeboten worden. Das liegt deutlich über dem, was dieser Haushalt vorsieht. Im Übrigen, und das gibt der Haushalt auf Seite 22 sogar offen zu, gibt es bei den Gehaltserhöhungen, die dort eingeplant sind, fünfeinhalb Millionen Euro, die auch für die Beamten vorzusehen sind, die man gar nicht mehr eingerechnet hat oder nicht einrechnen wollte oder einrechnen konnte. Auch das ist im Ergebnis unseriös.

Bis zum Jahr 2026 soll es nach dem Haushalt etwa eine Milliarde für Investitionen in die Bildung geben. Das klingt für uns durchaus nach einer guten Nachricht. Offenbar hat die massive Kritik gerade von der CDU im letzten Jahr bei dieser Debatte an dieser Stelle Früchte getragen.

(Beifall)

Wir begrüßen, dass diesmal konkrete Summen, etwa für das neue Gymnasium Römerhof oder auch die Sanierung der Julius-Leber-Schule oder der Ernst-Reuter-Schule jetzt im Haushalt genannt sind. Los geht es mit solchen Zahlen auf Papier aber noch lange nicht. Einen hohen Mittelabfluss sieht die Koalition erst zu den Kommunalwahlen im Jahr 2026 vor. So ein Zufall. Und hoffentlich ist das auch kein ungedeckter Scheck. Die Mainova, von der der Kämmerer schon gesprochen hat, wird etwa - und davon hat er nicht gesprochen - für ihre Investitionen im Netzausbau sowie für ihre Erhaltungsmaßnahmen rund 350 Millionen Euro pro Jahr mehr ausgeben müssen als bisher. Der Kämmerer hat schon deutlich gemacht: Da gibt es ein Finanzierungsquerverhältnis zum Haushalt der Stadt. Und wenn die Mainova diese Mehrausgaben von 350 Millionen Euro nicht selbst erwirtschaftet, dann wird das entsprechende Zuschüsse an die Stadtwerke Holding aus dem Kernhaushalt nach sich ziehen. Das wäre fatal.

Nichts zu finden ist im Haushalt übrigens vom kostenfreien Krippenjahr für Dreijährige. Monatelang haben Sie ja in der Koalition öffentlichkeitswirksam darüber gestritten. Jetzt gibt es eine mit heißer Nadel gestrickte Magistratsvorlage, die allerdings diese Woche im Haupt- und Finanzausschuss erst mal auf Sand gelaufen ist. Das nächste Plenum ist im Mai. Wir werden sehen, wie es damit weitergeht. Aber die auf 60 Millionen Euro bezifferten Kosten bis zum Jahr 2026 sind im Etat nicht hinterlegt. Was für ein Durcheinander und was für ein Signal senden sie eigentlich den Eltern damit, meine Damen und Herren?

(Beifall)

Wir kritisieren, dass die Mittel für den Erhalt unserer Verkehrsanlagen auch in diesem Haushalt drastisch und blind gekürzt werden, und zwar bei der Straßenunterhaltung von 6,5 Millionen Euro runter auf 3,7 Millionen Euro und bei den Brücken von vier Millionen Euro runter auf 2,6 Millionen Euro. Der vergleichsweise frostige Winter hat hier erheblichen Bedarf ausgelöst und fünfmal so viele Schlaglöcher wie üblich produziert. Der Sanierungsstau bei den Brücken wird sich noch mal vergrößern. Das ist aus unserer Sicht verantwortungslos

gegenüber den Menschen, die auf die Sicherheit dieser Infrastruktur vertrauen, meine Damen und Herren.

Apropos Infrastruktur: Auch die kleinen Menschen in dieser Stadt brauchen eine. Die Umweltdezernentin sieht für 2023 einen Mittelbedarf allein für die Pflege und Reparatur von Spielplätzen selbst in Höhe von 2,6 Millionen Euro. Im Haushalt eingestellt sind weniger als eine Million, nämlich 880.000 Euro. Unseren Antrag von der CDU aus dem letzten Jahr, die Mittel für die Spielplatzunterhaltung deutlich zu erhöhen, haben Sie damals ja abgelehnt. Hat der Magistrat nicht mitbekommen, in welchem Zustand die Spielplätze in dieser Stadt inzwischen größtenteils sind? Wie kann es sein, dass dann auch noch die Mittel für neue Spielplätze und Instandhaltung auf 1,2 Millionen Euro runtergekürzt werden? Im Jahr 2020 standen hier noch 1,7 Millionen Euro und im Jahr 2021 1,6 Millionen Euro zur Verfügung. Bei dieser Entwicklung kann man nur folgern, dass die Umweltdezernentin Familien und Kinder aus ihrem Zuständigkeitsbereich einfach ausgegliedert hat.

Ganz schlimm trifft es die Kultureinrichtungen. Während an anderer Stelle Personal ausgeweitet wird, gibt es hier heftige Einsparungen bei den Zuschüssen für Bühnen, Alte Oper, Mousonturm, Schirn, viele freie Kultureinrichtungen, Theater, Kunstvereine und Musikgruppen, 20 Millionen Euro alleine in diesem Haushaltsjahr. Die Koalition hat sich hier noch nicht mal getraut, die gekürzten Beträge im Haushalt richtig abzubilden. Wer hier in den Etat schaut, wird labyrinthisch in die Irre geführt. Klar ist nur, dass die Bühnen sieben Millionen Euro weniger bekommen. Weder die Kürzungen in Höhe von 8,6 Millionen Euro bei den sogenannten Sach- und Dienstleistungen noch die 4,6 Millionen Euro bei den Zuschüssen an Dritte sind konkret zugeordnet. Mit anderen Worten: Hier wird das Dezernat entscheiden, wer wie viel weniger bekommt. Auch das halten wir für einen krassen Verstoß gegen die Prinzipien der Haushaltsklarheit, und das sät natürlich Angst und Misstrauen bei den Kulturschaffenden. Man darf mit der Kultur in dieser Stadt nicht so umspringen und sie auch nicht kaputtsparen, meine Damen und Herren. Hier vermissen wir kreative Ideen der Kulturdezernentin und auch mehr Engagement der SPD in dieser Koalition. Denn für grüne Themen scheint ja jede Menge Geld vorhanden zu sein, meine Damen und Herren.

Zwei Beispiele: Allein zehn Millionen Euro stehen im Haushalt für den Erneuerbare-Energien-Fonds, bei dem Sie im letzten Jahr schon nicht den Nachweis erbracht haben, dass das Geld auch wirklich abfließt. Scheinbuchungen binden aber Gelder, die anderswo dringend gebraucht werden. Die Personalaufwendungen im Produktbereich Integration sollen von 4,2 auf 5,1 Millionen Euro steigen und bis zum Jahr 2026 sogar auf über fünf Millionen Euro anwachsen - eine Steigerung von 28 Prozent. Auch die erhöhten Zuschussansätze im Bereich Integration, die sich aufgrund von Etatbeschlüssen damals ausdrücklich auf den Haushalt des letzten Jahres bezogen haben, werden für 2023 einfach fortgeschrieben, was einer Erhöhung gegenüber dem Jahr 2021 von über 100 Prozent entspricht - 117 Prozent genauer gesagt. Wie im vergangenen Jahr kommt das dicke Ende bei diesem Haushaltsentwurf aber erst noch später und noch nicht heute. Die Koalition muss wegen fehlender Deckung der geplanten Ausgaben wieder ein Haushaltssicherungskonzept vorlegen. Das hat der Kämmerer schon angekündigt und für Mai in Aussicht gestellt. Vorher kann der Haushalt 2023, den wir heute hier andiskutieren, gar nicht beschlossen werden, und das wird im Mai manchen noch die Augen öffnen.

Die Haushalte von Ampelkoalitionen sind leider regelmäßig Schuldenhaushalte. Der Bundesrechnungshof warnt wegen des seit 2021 exorbitant wachsenden Schuldenbergs inzwischen vor einem Kontrollverlust beim Bundeshaushalt. Dass es auch anders geht, zeigt die hessische Landesregierung. Mit Ausnahme des Coronajahres 2020 macht Hessen seit Jahren keine neuen Schulden mehr. Im Gegenteil, seit dem Jahr 2016 wurde bereits eine Milliarde alter Schulden abgebaut. Das ist solide Finanzpolitik bei gleichzeitiger Bewältigung der großen Herausforderungen für unser Land. Eine solche planvolle Perspektive für weniger Schulden und nachhaltige Finanzen fehlt in diesem Frankfurter Haushalt komplett, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Es wird da, wo gespart wird, ideenlos gespart und auf der anderen Seite auch hemmungslos ausgegeben. Frankfurt ist damit alles andere als gewappnet für die Zukunft.

Vielen Dank!

(Beifall)